VR-01-063-2 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint)

Antragsteller*in: David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu VR-01

Von Zeile 63 bis 64 einfügen:
Grundlage jeden gelingenden Lebens in unserem Land ist bezahlbarer und sicherer Wohnraum. Wir werden weiterhin den Mieter:innenschutz voranbringen, Wohnungs- und Grundstücksspekulation bekämpfen, ein "Housing First" Programm gegen Obdachlosigkeit unterstützen, Gemeinwohlorientiertes- und Ressourcensparendes Bauen fördern.

Begründung

Eines der grössten Probleme, das den sozialen Zusammenhalt unterhölt, ist die fehlende Entschiedenheit die stetig steigenden Mieten zu stoppen. Die meisten unserer Regierungen haben sich dieser Frage nicht gestellt bzw es bei eher kosmetischen Eingriffen in den Markt belassen. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt zur Miete. Wir brauchen eine tiefgreifende Diskussion, ob es förder- und erstrebenswert ist, Privateigentum an Grund, Boden und Wohnraum zu erstehen. Ob es nicht sinnvoller ist einen auf Dauer angelegten sozial gerechten Mietmarkt zu gestalten. Um Spekulation mit Wohnraum zu begrenzen sollte genossenschaftliches Bauen und Wohnen sowie gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gefördert werden. Länder und Gemeinden sollten kein öffentliches Land mehr veräussern dürfen sondern zB in Erbpacht vergeben. Ebenso brauchen wir Handhabe, dass unsere Viertel lebenswert bleiben. Städtische Programme, die darauf abzielen, dass in unseren Viertel die wichtigsten sozialen, kulturellen wie auch konsumistischen Angebote innerhalb von ca 15 Minuten zu erreichen sind, sind zu fördern. Dazu brauchen wir Gesetze und strukturelle Gestaltungsmacht für Bürger:innenbeteiligung. Grundsätzlich gilt, das Dezentralisierung sowie Entflechtung grosser Imobilienfirmen Städte und Gemeinden lebenswert erhält. Die Berliner Initiative, grosse private Wohnungsunternehmen, die an der Börse gelistet sind, zu vergesellschaften ist von fast 60 % der Berliner Wählerschaft unterstützt worden. Das könnte eine von vielen Massnahmen sein, die das Grundgesetz erlaubt, um einen vermutlich strukturell ungerechten Wohnungsmarkt zu bändigen. Die Erhöhung von Wohngeld ist kurzfristig sinnvoll, um Mieter:innen zu schützen. Auf Dauer subventionieren wir damit jedoch lediglich die Gewinne weniger ohne die Probleme steigender Mieten dauerhaft zu lösen. Das engmaschige Regelwerk, das das Bauen neben den Rohstoffpreisen immer teurer macht muss entschlackt werden. Weniger Abriss, Recycling, Umbau und Umwidmung hin zu Wohnraum ist zu unterstützen. Der Baubereich ist für ca 8 % der klimaschädlichen Emissionen verantwortlich. Der Soziale Wohnungsbau sollte wieder entschieden gefördert werden. Eine lebendige und damit stabile Demokratie ist auf einen gerechten, sicheren und bezahlbaren Wohnungssektor angewiesen. Bürger:innen werden sie schützen und stärken, wenn sie nicht um ihren Wohnraum fürchten müssen. Mündigkeit, Selbstbewusstsein Empathie und Solidarität können wachsen und gedeien, wenn die Bewohner:innen unseres Landes nicht einen grossteil ihrer Arbeitszeit und ihres Einkommens benötigen um ihre Miete zu finanzieren.

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Roland Appel (KV Bonn); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Barbara Romanowski (BV Bundesverband); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); Bernadette Eisenbart (KV Vogelsberg); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Manuela Braun (KV Rastatt/Baden-Baden); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ruth Alpers (KV Harburg-Land); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Rainer Albrecht (KV Heilbronn); Andreas Müller (KV Essen); Svenja Kleist (KV Berlin-Reinickendorf); sowie 40 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.